

# Haushaltsrede Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt des Landkreises Karlsruhe 2024

gehalten von Inge Ganter

**Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schnaudigel,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger  
und sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung**

Die Politik von Bündnis90/Die Grünen orientiert sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen, die in Deutschland als "Agenda 2030" umgesetzt werden sollen. Diese 17 Ziele lassen sich unter der Leitlinie

**klimaneutral, gemeinwohlorientiert, sozial**

zusammenfassen. Daran orientieren wir auch unsere Politik für den Landkreis, denn: Auf kommunaler Ebene wird Politik konkret.

Für unseren Landkreis wünschen wir uns weiterhin, dass für alle Maßnahmen die Erreichung der Klimaschutzziele, die damit verbundene soziale Gerechtigkeit und der Erhalt der Natur als Erholungsraum für alle Lebewesen, zur obersten Priorität erklärt wird.

Der Landkreis bewältigt alle Aufgaben, auch wenn sie noch so unvorhersehbar und komplex sind ...

Dies ist immer wieder eine gute Nachricht zwischen den vielen schlechten, die uns erreichen.

Unsere heutige, letzte Rede in dieser Amtszeit unterscheidet sich nicht allzu sehr von den vergangenen vier Jahren. Die Herausforderungen für politische Entscheidungen und die entsprechenden Umsetzungen durch die Verwaltung haben jedoch an Quantität und Qualität zugenommen.

Alle Aufgaben sind nur zu schaffen, wenn gut ausgebildetes und motiviertes Personal daran arbeitet. Die letzten Tarifverhandlungen haben dem Öffentlichen Dienst zumindest in einem ersten Schritt die dringend notwendige Wertschätzung zukommen lassen. Wir sehen daher die Steigerungen der Personalkosten eher positiv.

Der Haushalt ist für 2024 auch dank der verlässlichen Ausgleichszahlungen von Bund und Land weiterhin sehr gut aufgestellt.

Der Anstieg der Verschuldung bei gleichzeitigem Abschmelzen der Liquidität wird eine beträchtliche Höhe erreichen. Begründet durch vorzeitige Kreditaufnahmen für den Neubau des Dienstgebäudes ist das hinnehmbar und wir vertrauen dem 10-Jahres-Plan, der einen schrittweisen Ausgleich in Aussicht stellt.

An den immer wieder kritisierten hohen Ausgaben im Sozialetat wollen und können wir jedoch nicht rütteln, sind es doch gesetzliche Vorgaben, die unsere Gesellschaft stärken. Maßnahmen zum Bürokratieabbau besonders im Sozialbereich würden wir begrüßen.

## **INVESTITIONEN**

Der Landkreis ist für den Bau und Unterhalt von Krankenhäusern, Schulen, Bildungs- und Beratungszentren verantwortlich und nicht zuletzt auch für seine Dienstgebäude.

Damit diese im Sinne der Nachhaltigkeit realisiert werden ist nicht nur der Einsatz von wiederverwertbaren Baumaterialien wie Recycling-Beton erforderlich, sondern auch das Vermeiden hoher Transportkosten durch die bewusste Entscheidung für regionale Bauteile und Baustoffe (Holz).

Ökonomisch betrachtet ist so zu planen, zu bauen und zu betreiben, dass die Gebäude langlebig genutzt werden können und eine flexible Umbaubarkeit möglich ist.

Ökologisch gesehen geht es um Vermeidung von Schad- und Risikostoffen und eine klimafreundliche Bauweise mit einem möglichst geringen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck.

Beispielhaft sei genannt: Bauteile wiederverwenden statt entsorgen, Etagen aufstocken statt noch mehr Flächen zu versiegeln, nachwachsende Rohstoffe statt Beton.

Ein Beispiel gelungener Umsetzung dieser Ziele bilden die neugebauten Straßenmeistereien des Landkreises in Bruchsal und Ettlingen.

## **Kreisstraßen**

Es ist der Verwaltung gelungen, die geplanten Maßnahmen für das Jahr 2023 überwiegend auszuführen. Wo es nicht möglich war, lag es nicht am Amt. Auch für 2024 gibt es für ca. 3 Mio Euro Bauwerks- und Deckensanierungen. Die Planungen für die K3575 Umgehung Bad Schönborn, laufen weiter. Einem externen Planungsbüro wurde die Aufgabe übertragen, das VGV-Verfahren für 2024 vorzubereiten. Wie schon im letzten Jahr bleibt unsere Prognose: Es wird viel zu viel Geld für die Planung ausgegeben und die Straße wird nie gebaut werden.

## **Radwege**

Den Investitionen in die Radwege stimmen wir uneingeschränkt zu.

Radwege sollen grundsätzlich zwischen allen Gemeinden im Landkreis vorhanden sein und dabei die heute üblichen Qualitätsstandards erfüllen. Außerorts soll der Radverkehr grundsätzlich getrennt vom PKW-Verkehr geführt werden. Fahrradwege sollen so angelegt werden, dass sie auch von Jugendlichen und Älteren ohne Sicherheitsbedenken angenommen werden können.

Eine separate Aufstellung der **Radwege** wurde im AUT vorgestellt, nur leider noch nicht wie bereits von uns im letzten Jahr vorgeschlagen, im Haushaltsplan analog der Kreisstraßen eingefügt. Wir regen erneut an, die Liste der Kreis eigenen Radwege in den HH-Plan aufzunehmen.

## **Landratsamt**

Wir freuen uns, dass das neue Dienstgebäude am Ettlinger Tor ein energetisch optimaler Bau wird. Wir begrüßen die intensive und konsequente Informationsstrategie zu allen Bauabschnitten und anstehenden Entscheidungen.

## **Schulen**

Die acht beruflichen Schulen und die sechs Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) im Landkreis haben grundsätzlich unsere volle Unterstützung bei ihrer weiteren Entwicklung und der Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen. Dabei muss die Ausstattung der Pädagogik und den Bildungszielen kontinuierlich folgen und stetig angepasst werden. Allen Sanierungs- und Ausbauplänen stimmen wir zu, sofern die bautechnischen Ausführungen die Klimaschutzziele erfüllen.

Seit 2009 gibt es das „Landesprogramm Bildungsregionen“. Damit kann ein Landkreis, unterstützt vom Land Baden-Württemberg, die Vernetzung und Kooperation aller Bildungsakteure eines Kreises voranbringen und so bessere Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene schaffen. Dem damit möglichen Auf- und Ausbau einer regionalen Bildungslandschaft sind bereits 28 der 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg gefolgt. Die bessere Abstimmung von attraktiven regionalen Bildungsangeboten ist angesichts der starken Gliederung des Schulwesens und der Vielfalt der Bildungsangebote dringlich. Daher stellen wir den **Antrag, eine Bildungsregion Landkreis Karlsruhe einzurichten.**

## **SOZIALE INFRASTRUKTUR**

Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlichster Herkunft, mit allen individuellen geschlechtlichen Zuordnungen, mit und ohne Behinderung, sollen miteinander leben und sich gegenseitig unterstützen können. Für uns GRÜNE ist deshalb klar: Die Zukunft unserer Städte und Gemeinden liegt in einer klugen Quartiersentwicklung. Dafür muss der Landkreis die Kommunen unterstützen.

Insbesondere Menschen mit Beeinträchtigungen brauchen barrierefreie Zugänge zu allen Versorgungsstrukturen im Kreis. Wir erwarten, dass der Landkreis die Voraussetzungen für eine unbeschränkte Teilhabe in den Kommunen unterstützt und die kommunale Quartiersentwicklung in dieser Hinsicht fördert.

Jugendliche brauchen eigene Räume und Strukturen. Jugendliche müssen in ihren spezifischen Anliegen gehört und unterstützt werden. Dafür ist die Möglichkeit zur politischen Partizipation erforderlich, die im Landkreis weiter ausgebaut werden muss.

Unser **Antrag auf Ausbau der Präventionsstrategie für Kinder bis 10 Jahre** soll eine lückenlose Präventionskette ermöglichen. Bisher fließen nur 2,9 Prozent des Sozial Etats in die Freiwilligenleistungen, von denen der größte Teil der Prävention dient. Auch die Schulsozialarbeit an Grundschulen ist ein wichtiger Baustein dieser Strategie. Da nicht alle Kommunen ihrer Verantwortung nachkommen und es im Landkreis immer noch Grundschulen ohne Schulsozialarbeit gibt, richtet sich unser **Antrag an den Landkreis dahin, die Kommunen fachlich zu unterstützen und als Träger der öffentlichen**

**Jugendhilfe in die Verantwortung zu nehmen.** Wir wissen, dass Investitionen in die Prävention vielfach erhöhte Kosten für die Sozialsysteme in späteren Jahren verhindern.

Immer mehr Haushalte haben mit niedrigem Einkommen und finanziellen Sorgen zu kämpfen. Die Anzahl der von Armut bedrohten Kinder und auch die Altersarmut nehmen zu. Mit **unserem Antrag** möchten wir erreichen, dass der Landkreis die **Einführung einer Bildungskarte** auf den Weg bringt. Damit wird der Zugang zu BuT-Leistungen verbessert und Kindern und Jugendlichen ein breiter Zugang zum gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Auch im Bereich der Arbeit für und mit Geflüchteten leistet der Landkreis bereits sehr viel. Menschen, die aus anderen Teilen der Welt vor Terror, Krieg und Gewalt fliehen, müssen hierzulande Schutz finden. Wir sehen das von der Verfassung geschützte Recht auf Asyl als unumstößlich. Wir unterstützen die Arbeit des Landkreises, der Kommunen, der Ehrenamtlichen und von sozialen Organisationen. Wichtig ist uns die Förderung aller Maßnahmen, die einer schnellen Arbeitsaufnahme dienen.

**Wir unterstützen** die Anträge des Psychosozialen Zentrums Nordbaden“ (PSZ-Nordbaden) auf Anhebung der Fördersumme sowie der Diakonie im Landkreis Karlsruhe auf eine Stellenerweiterung.

## **SCHLOSS STUTENSEE**

Der Haushalt der Jugendeinrichtung Schloss Stutensee ist durch neue Herausforderung wie Tarifpolitik und steigende Energiekosten nicht mehr ganz so stabil wie wir es kannten. Den Ausgleich der unplanbaren Kosten wollen wir nicht ablehnen, außerdem ist es eine gesetzliche Aufgabe. Wir freuen uns über das große Engagement aller Mitarbeitenden der Einrichtung und danken für den unermüdlichen Einsatz auch in schwierigsten Zeiten.

## **GESUNDHEIT-Kliniken**

In den letzten Jahren konnten wir bei den Jahresabschlüssen unserer Kliniken eher aufatmen. Schlechte Zahlen hatten eher die Anderen. Coronaausgleichszahlungen, Energiehilfen und Grundstücksverkäufe haben unseren Zahlen sehr gutgetan.

Nun liegt uns allerdings ein Unternehmensplan für das Jahr 2024 vor, der uns natürlich Sorge bereiten muss. Bei über minus 5,5 Millionen Euro aus dem laufenden Betrieb kann wohl kaum irgendjemand jubeln. Wenn das geplante Jahresergebnis dann „nur“ ein Minus von 2,95 Millionen aufweist, ist das dem Verkauf des Grundstücks am Rechberg für 3,5 Millionen geschuldet. Diese Einnahme kann man aber nicht wiederholen, das Grundstück ist dann weg. Die allgemeine Situation der Krankenhäuser landauf landab trifft nun auch unsere Kliniken. Wenn wir lesen müssen, dass das Pflegebudget nach den Kriterien wie 2020 vereinbart werden muss, bei gleichzeitigen Personalkostensteigerungen, dann bleiben wir an dieser Stelle ratlos. Die angekündigte Krankenhausreform soll nun alles richten. Wir müssen es abwarten.

Zum Glück haben wir in den letzten Jahren gute Entscheidungen getroffen. Der Beitritt zur Holding und dann die Schaffung unseres Plankrankenhauses haben es überhaupt

erst möglich gemacht heute zu bestehen. Die fortwährende bauliche Entwicklung unserer Häuser trägt einen weiteren Teil dazu bei. Die Aussetzung des Kapitaldienstes tragen wir für 2024 mit. Mit dem Ausscheiden von Prof. Martin Ende des Jahres 2025 wird die Holding eine neue Führungsstruktur bekommen. Die in der Vorlage genannten primären Ziele der Neuaufstellung, insbesondere die Stärkung der Regionalität findet unsere ausgesprochene Zustimmung, anderweitige Überlegungen zurzeit jedoch nicht.

Wir danken dem engagierten Personal der Kliniken für die hervorragende Arbeit.

Für Suchtkranke muss die notwendige medizinische Akutversorgung wohnortnah sichergestellt werden und ein ausreichendes Angebot an Beratungs- und Behandlungsplätzen zur Verfügung stehen.

## **KLIMASCHUTZ**

Klimaschutz und Klimaanpassung sind zentrale Aufgaben für den Landkreis. Wir GRÜNE stehen hinter der Klimaschutzstrategie des Landkreises und deren Ziel, bis 2035 den Energiebedarf im Kreis ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen zu decken. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien ist dabei genauso wichtig wie das Energiesparen. Gemeinsam mit der Umwelt- und Energieagentur des Landkreises müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Klimaschutzstrategie zügig umzusetzen.

Das enorme Potenzial der Tiefengeothermie durch unsere Lage am Oberrheingraben ist ein Glücksfall, den wir nutzen müssen: die Hälfte des Wärmebedarfs im Landkreis Karlsruhe kann allein mit Tiefengeothermie gedeckt werden. Mit dem zügigen Ausbau der Nutzung von Windkraft, PV, Abwärme, Solarthermie usw. trägt unser Landkreis und seine Gemeinden dazu bei, unabhängig von Öl und Gas aus undemokratischen Ländern zu werden. Anreize und materielle Beteiligung sind aus Sicht der GRÜNEN wichtige Voraussetzungen, um Klimaschutz und Energiewende zu einer gemeinsamen Sache von Bürger\*innen, Politik und Verwaltung zu machen.

## **NATUR- UND ARTENSCHUTZ**

Die Natur ist die Lebensgrundlage für uns alle, diese müssen wir für uns und unsere Nachkommen bewahren. Der Erhalt von Ackerland, der Artenvielfalt und unverbauter Natur muss genauso unser Ziel sein, wie die Unterstützung der Bauern, die unsere Kulturlandschaft durch ihre Arbeit erhalten. Wir wollen für den Landkreis Karlsruhe die lokale Produktion von Pflanzenkohle z.B. aus Heckenschnitt voranbringen. Die Pflanzenkohle entzieht der Atmosphäre Kohlendioxid und stärkt die Bodenfruchtbarkeit. Dadurch kann der Landkreis die Landwirtschaft nachhaltig unterstützen.

Die Vielfalt der Lebensräume für Pflanzen und Tiere ist für uns alle im Landkreis sehr wichtig. Die Umsetzung des im Naturschutzgesetz geforderten landesweiten Biotopverbundes muss auch im Landkreis zügig ausgebaut werden. Naturnahe Wälder, extensives Grünland und Feuchtgebiete sind wichtige CO<sub>2</sub>-Senken und dienen auch dem Artenschutz. Unsere Behörden sollen mit Nachdruck diese wichtigen Flächen schützen und weitere Flächen für den Schutz der Lebensräume gewinnen.

Wir fordern daher auch, dass jede Initiative von Privatleuten, Firmen, Vereinen, Schulen usw. die die wohnortnahe Biodiversität gemeindeübergreifend stärkt, mit den dafür notwendigen Mitteln unterstützt wird.

## **ÖPNV**

Der öffentliche Personenverkehr soll als Alternative zum Auto wahrgenommen werden. Das Angebot muss daher weiter ausgebaut werden und gleichzeitig die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit im ÖPNV verbessert werden. Das Fahrplanangebot auf den Linien im Landkreis ist bei weitem noch nicht so, dass der ÖPNV überall bequem, häufig, schnell und pünktlich unterwegs ist. Wir streben auf möglichst vielen Linien im Landkreis täglich ein stündliches Angebot von 5 bis 24 Uhr an, Montag bis Samstag bis 21 Uhr ein halbstündliches Angebot. Von jeder Gemeinde soll es in das nächste benachbarte Mittel- und/oder Oberzentrum eine Linie mit dieser Fahrtenhäufigkeit geben. In den Randzeiten mit geringem Verkehrsaufkommen sollen noch mehr Linien als bisher als „On Demand“ Verkehre angeboten werden.

Wir begrüßen den zweigleisigen Ausbau zwischen Bretten und Karlsruhe als wichtiges Projekt für eine Verbesserung der Nutzung durch mehr Pünktlichkeit auf dieser Strecke. Mittelfristig braucht unser hochverdichteter und mit den Nachbarregionen stark verflochtener Landkreis einen weiteren Netzausbau im Schienenverkehr. Dabei muss der volkswirtschaftliche Nutzen oberhalb der Kosten liegen. Wir GRÜNE schlagen daher die Überprüfung mehrerer Lückenschlüsse im Schienennetz vor. Wie zum Beispiel die Anbindung von Stutensee über Karlsdorf-Neuthardt als Verlängerung der S2.

Die geplanten Ausgaben von 59 Mio für den ÖPNV sind aus unserer Sicht gut investiert.

## **ABFALLWIRTSCHAFT**

Dem Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) des Landkreises Karlsruhe danken wir für die geordnete Abfallbeseitigung und -verwertung durch die Beauftragung der dafür erforderlichen Einrichtungen und Anlagen. Wir zielen zuallererst auf die Abfallvermeidung, unterstützen aber auch die Einführung geschlossener Kreisläufe im Sinne einer nachhaltigeren Kreislaufwirtschaft. Die "thermische Verwertung" (Müllverbrennung und Zementwerke) übersteigt leider immer noch deutlich die stoffliche Verwertung (echtes Recycling) von Abfällen. Infokampagnen zu Abfallvermeidung, ebenso zu Mülltrennung sollten bürgernah und regelmäßig fortgeführt werden.

Das Bringsystem für den Biomüll ist noch keine optimal ausgesteuerte Umweltmaßnahme. Die Besteller der brauen Tonnen zahlen die kostenlose Bring Tonne, obwohl die individuelle Anlieferung der Eimer zumeist mit dem PKW geschieht und nicht Klimagerecht ist.

Nach der Einführung der Biomülltonne ist für uns die Errichtung einer Biogasanlage im Landkreis Karlsruhe ein wichtiges Ziel, um die Bioabfälle einer regionalen energetischen Nutzung zuführen zu können. Eine interessante alternative Nutzung von Bioabfällen wäre

die Erzeugung von Pflanzenkohle (terra preta), die in der Landwirtschaft zur Bodenverbesserung eingesetzt werden könnte und dadurch der Atmosphäre langfristig CO2 entziehen kann.

Die Standortsuche für die Deponierung mineralischer Abfälle im Landkreis Karlsruhe muss in der nächsten Amtszeit des Kreistages fortgeführt werden. Die GRÜNE Kreistagsfraktion wird bei der Festlegung des Deponiestandortes insbesondere darauf achten, dass die Anforderungen an Natur- und Artenschutz ausreichend berücksichtigt werden. Außerdem muss die Verwertung (z.B. im Straßenbau) immer Vorrang vor der Deponierung haben, damit die Deponien auch noch von nachfolgenden Generationen genutzt werden können.

**Unsere Tochter-Gesellschaften sind alle gut aufgestellt.** Allen Geschäftsführenden und Mitarbeitenden der **BRLK, BLK, KWLK und BEQUA** danken wir für die gute Arbeit.

## **FAZIT**

Wir stimmen der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2024 und den Beschlussvorschlägen unter TOP 3, sowie den Beschlussvorschlägen unter TOP 4 und TOP 5 zu.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Landrat Dr. Schnaudigel und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung, sowie der angeschlossenen Betriebe für die gute und engagierte Arbeit in den vergangenen Jahren. Auch den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag danken wir für die gute Zusammenarbeit.

Wir wünschen Ihnen Herr Landrat, auch mit dem neu gewählten Gremium eine gute Zusammenarbeit und Mut für neue Wege zur Weiterentwicklung unseres Landkreises.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Inge Ganter

Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es gilt das gesprochene Wort!